

Mauschelei in Rakete

Von Andi Chvatal

Heute ist der 2. Februar 2025. Der Zulagen-Deal wird schon bald in Vergessenheit geraten sein. Einige Aspekte der diesbezüglichen öffentlichen Diskussion sind es aber wert, noch einmal erwähnt zu werden.

Offensichtlich hat sich das Verhandlungsteam der GÖD bei den Verhandlungen im vergangenen Herbst seine Zustimmung zu dem grottenschlechten Gehaltsabschluss für alle öffentlichen Bediensteten mit einem "goodie" abkaufen lassen. Die Zulagen der freigestellten Personalvertreter:innen wurden gesetzlich fixiert, anstatt wie bisher erlassmäßig geregelt. Dies hatte - zu Recht - ein Hochgehen der Wogen zur Folge.

Das Gesetz, mit dem die Zulagen jetzt geregelt sind, hätte nicht im Geheimen verhandelt werden dürfen!

Dass es auch noch - ganz zufällig natürlich - in einem mit dem Gehaltsabschluss im Parlament abgestimmt wurde, war - wieder zu Recht - Gegenstand harscher Kritik.

Es stellte sich heraus, dass Abgeordnete für das Gesetz gestimmt hatten, obwohl sie dessen Inhalt nicht genau kannten. Statt gebührender Betretenheit jedoch, versuchten sie, ihre Inkompetenz in politisches Kleingeld umzumünzen. Sie verunglimpften freigestellte Personalvertreter:innen in Bausch und Bogen als Privilegienritter:innen in Diensten einer ausschließlich auf das Eigenwohl bedachten Gewerkschaft.

Bei sprang ihnen der Aufklärungsjournalismus. In einem allemal lesenswerten Artikel wurde das Versagen der Abgeordneten akribisch und chronologisch mit einem Persilschein versehen.

Nur 43 statt der ursprünglich vorgesehenen 48 Stunden wären zum Gesetzesstudium zur Verfügung gestanden. Sie verstrichen ungenützt. Dass eine Zustimmung in Unkenntnis der betreffenden Gesetzesvorlage einigermaßen problematisch ist, war nicht Gegenstand der Aufklärung, die an diesem Punkt im Vakuum des Alls Zuflucht nahm.

Sie befasste sich intensiv mit dem Flug einer sogenannten "Trägerrakete" durch das Hohe Haus. Diese wurde am 19. November gezündet und beförderte einen unfertigen Gesetzesentwurf zunächst in den Verfassungsausschuss, wo der Entwurf nicht behandelt wurde, wahrscheinlich deshalb, weil er nicht fertig war.

Dann verlor sich die Spur der Rakete, bis sie am 10. Dezember um 13.38 bei allen Abgeordneten auftauchte. Zu diesem Zeitpunkt war der Gesetzesentwurf zwar immer noch nicht fertig, enthielt aber bereits die ach so infame Zulagenregelung.

Am Abend des 11. Dezember wurde der Entwurf nochmals geändert. Tags darauf wird er mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, NEOS und Grünen angenommen, was bedeutet, dass all jene Abgeordneten mit dem beschriebenen Ablauf einverstanden waren.

Natürlich sind geheime Deals abzulehnen. Durch die Praxis der Trägerakete werden sie begünstigt. Es liegt in der Verantwortung aller Abgeordneten, ihr freies Mandat zu nutzen, beides hintanzuhalten.

Dass die Gewerkschaft als Geschädigte hervorgeht ist aus meine Sicht bedauerlich

aber verständlich. Dass alle
freigestellten Personalvertreter:innen, die ihr Mandat seriös und engagiert
wahrnehmen, in ein schlechtes Licht gerückt sind,
ist einfach nur gemein.

Um nicht missverstanden zu werden. Die Recherche als Grundlage für die
Beschreibung der genannten Vorgänge, ist
meiner Meinung nach aller Ehren wert.